

Antrag

der Abgeordneten Paul Schäfer (Köln), Wolfgang Gehrcke, Monika Knoche, Hüseyin-Kenan Aydin, Dr. Diether Dehm, Heike Hänsel, Inge Höger, Dr. Hakki Keskin, Michael Leutert, Dr. Norman Paech, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

Keine NATO-Erweiterung – Sicherheit und Stabilität mit und nicht gegen Russland

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die Aufnahme Georgiens und der Ukraine in den NATO Membership Action Plan abzulehnen.

Berlin, den 3. Dezember 2008

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Begründung

1. Die Anträge der Ukraine und Georgiens auf dem Bukarester NATO-Gipfel (NATO: North Atlantic Treaty Organization) im April 2008 in den Membership Action Plan (MAP) aufgenommen zu werden, wurden angesichts interner Differenzen in der NATO zu dieser Frage abgelehnt. Um die Differenzen zwischen den USA, die auf eine Aufnahme drängen, und einigen europäischen Staaten, die der Aufnahme eher kritisch gegenüberstehen, zu überwinden, wurde ein für die USA vorteilhafter und weitreichender Kompromiss in der Gipfelerklärung festgehalten, der den europäischen Bedenken kaum noch Handlungsspielräume eröffnet: Die Entscheidung legt fest, sich den Aufnahmebegehren der beiden Länder auf dem anstehenden NATO-Außenministertreffen im Dezember dieses Jahres erneut anzunehmen. Darüber hinaus wurde in der Bukarester Abschlusserklärung explizit festgehalten, dass der „MAP der nächste Schritt der Ukraine und Georgiens“ auf ihrem „direkten Weg“ in die NATO-Mitgliedschaft sei. Diese explizite Nennung der künftigen NATO-Mitgliedschaft erübrigte sich im Grunde, da der ausschließliche Sinn und Zweck des MAP die Heranführung an die NATO-Standards und der erste Schritt zur Aufnahme in das Bündnis ist. Dass sie dennoch erfolgt, ist bezeichnend für den massiven Druck der USA auf die seinerzeit zunächst noch zögerlichen europäischen Verbündeten, dem Expansions- und Eskalationskurs gegen Russland zu folgen.
2. Eine Aufnahme Georgiens und der Ukraine bedeutete keinen Sicherheits- und Stabilitätsgewinn für Europa – im Gegenteil: Beide Staaten würden

die Faktoren ihrer inneren Instabilitäten in die NATO hineintragen, was negative Konsequenzen für die europäische Sicherheit und Stabilität zur Folge hätte.

Die Bevölkerung der Ukraine, die in erheblichem Maße russischsprachig ist, äußert sich mehrheitlich gegen eine NATO-Mitgliedschaft. Die permanente innenpolitische Krise der Ukraine ist zum Teil auf den heftigen Konflikt zwischen NATO-Beitrittsbefürwortern und -befürworterinnen sowie -Beitrittsgegnern und -gegnerinnen zurückzuführen. Dieser Konflikt hat die Qualität, die Ukraine einer staatlich-territorialen Zerreißprobe auszusetzen, da Befürworter und Befürworterinnen sowie Gegner und Gegnerinnen sich ziemlich exakt entlang der Trennlinie zwischen der West- und der Ostukraine einschließlich der Krim verteilen.

Der georgisch-russische Krieg hat die Unwägbarkeiten einer georgischen NATO-Mitgliedschaft eindrücklich unter Beweis gestellt. Wäre Georgien zu diesem Zeitpunkt NATO-Mitglied gewesen, hätte der regionale Krieg eine nicht mehr zu kontrollierende Eigendynamik entfalten können. Die Bevölkerung Deutschlands scheint sich der Gefahr einer weiteren NATO-Osterweiterung, nämlich der Vertiefung der Trennlinie zu Russland, bewusst zu sein. Laut einer Umfrage der forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH sprechen sich 68 Prozent der Bürger Deutschlands gegen eine NATO-Mitgliedschaft Georgiens aus. Die russische Regierung geht von einer wachsenden Unsicherheit und Instabilität aus, wenn Russland weiter von der NATO militärisch eingekreist wird.

3. Die US-Regierung versprach der damaligen Sowjetunion 1989 im Kontext der Beendigung des Kalten Krieges und der Herbeiführung der deutsch-deutschen Einheit, die NATO nicht um osteuropäische Staaten zu erweitern. Diese vertrauensbildende Maßnahme Washingtons ist durch die Charta von Paris, in der eine europäische Friedensordnung auf partnerschaftlicher Grundlage beschlossen wurde, bekräftigt worden und beförderte sodann die friedliche Entwicklung in Europa zu Beginn der 1990er Jahre. Die Entscheidung über eine zweite Erweiterungsrunde der NATO in den postsowjetischen Raum und somit abermals direkt an die Grenzen der Russischen Föderation bedeutet nicht die Schaffung von kooperativer Sicherheit mit, sondern von konfrontativer Sicherheit gegen Russland. Das Argument, die osteuropäischen Staaten seien souverän und könnten dementsprechend frei entscheiden, ob sie der NATO beitreten oder nicht – Russland dürfe hierbei „kein Veto-recht“ haben –, suggeriert einen nicht vorhandenen Beitrittsautomatismus und dokumentiert den Unwillen der politischen Eliten einiger NATO-Staaten, das überkommene Blockdenken abzulegen und der historischen Chance eines kooperativen Sicherheitsverständnisses Raum zu geben. Das gilt auch deshalb, weil Russland nicht das Recht eingeräumt wurde, Mitglied der NATO zu werden. Mit diesem, dem Blockdenken immer noch verhafteten aggressiven Sicherheitsverständnis provoziert die NATO ohne Not eine weitere Verhärtung der Konfliktlinien mit Russland, was zumindest nicht im europäischen Interesse ist.

Sicherheits- und Stabilitätstransfer für Europa auf Kosten Russlands ist nicht nur nicht wünschenswert, er ist gegen Russland auch nicht möglich. Vielmehr birgt dieses konfrontative und anachronistische Sicherheitsverständnis die konkrete Gefahr eines neuen Rüstungswettlaufs. Sollen Sicherheit und Stabilität hingegen nicht bloß eine verkappte imperiale Machtprojektion sein, gilt es, die Grundlagen eines kooperativen sicherheits- und friedenspolitischen Konzepts zu diskutieren und zu beschreiten. Die Grundlagen kooperativer europäischer Sicherheits- und Friedenspolitik müssen von den europäischen Staaten bestimmt werden.